

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	39. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	27. Juni 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

**Punkt 10 der Tagesordnung: Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe ,97 – Zehnter Sachstandsbericht 2017
Vorlage: 2017/0368**

Beschluss:

In seiner Sitzung am 13. Mai 1997 hat der Gemeinderat beschlossen, im Zweijahresrhythmus den jeweiligen Sachstandsbericht des Gesamtkonzeptes Wohnungslosenhilfe '97 zu diskutieren. Im Jahr 2017 besteht das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 seit zwanzig Jahren.

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - den zehnten Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss:

Dahinter verbirgt sich auch ein besonderes Jubiläum einer besonderen Karlsruher Qualität.

Bürgermeister Lenz: In der Tat kann es heute nicht nur um die vergangenen zwei Jahre gehen. Das, was Sie oder die, die schon länger dabei sind, gewohnt sind, dass alle zwei Jahre eine Sachstandsberichterstattung erfolgt, was unser Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe anbelangt. Nein, heute ist ein ganz besonderer Tag, auch für mich persönlich. Nicht nur wegen der Wahl – dafür noch einmal herzlichen Dank -, sondern nach 20 Jahren gilt es natürlich auch, Bilanz zu ziehen. Denn vor 20 Jahre haben Sie sich im Gemeinderat Ziele vorgenommen. Die meisten von Ihnen waren damals nicht dabei, aber es sind längerfristige Strategien mit entsprechendem Durchhaltevermögen unter Beteiligung so vieler Verbände, der Kirchen, Privaten, Ihnen, der Politik. Es ist ein ganz besonderer Tag. Ich sage es noch einmal, auch für mich persönlich.

Dass das Thema Wohnraumversorgung für am Wohnungsmarkt benachteiligte Personen in Karlsruhe ganz oben auf unserer kommunalpolitischen Agenda steht, verdanken wir, die wir in dem Feld tätig sind, natürlich zunächst einmal Ihnen. Aber es sind vor Ihnen vier Gemeinderäte gewesen, die dieses Thema bis heute durchgetragen haben. Ich bin mir sicher, Sie werden es auch in Zukunft mittragen. Denn die Herausforderungen werden nicht weniger. Sie sehen - wie immer hier - vorne die Indikatoren. Es war ganz früh, vor über 20 Jahren, die Übereinkunft, dass genau diese Indikatoren für uns in Karlsruhe das Anzeichen sind, haben wir jetzt Wohnungsnot oder haben wir keine. Sie sehen, die Wohnungsnot ist heute brennender denn je, wenn es um diese Zielgruppe geht, von der wir heute sprechen.

Mich stimmt es froh, dass wir mit Ihnen weiterhin diese starke politische Lobby haben. Dafür gebührt Ihnen nicht nur Anerkennung, sondern - das erreicht uns auch immer bundesweit – das Staunen, dass ein Gemeinderat sich mit diesem Thema, mit der strengsten Form von Armut hier im Gemeinderat so öffentlich befasst. Aber es ist natürlich ein sehr großes Netzwerk. Wenn Sie sich wieder das Impressum anschauen. Es ist unglaublich, man kann es gar nicht vermitteln, auch den Städten, die es gerne nachmachen. Das kann man nicht einfach von heute auf morgen beschließen und auf den Weg bringen. Deswegen hat es schon einen gewissen Geist, der heute mit dieser 10. Fortschreibung hier trägt.

Ich habe es gesagt, und ich sage es gerne noch einmal: Zwei Jahrzehnte bemühen wir uns um eines: Wir wollen keine menschenunwürdigen Unterkünfte. Wir wollen Standards haben, wie für alle anderen auch. Deswegen mein großer Dank, unser Dank, an unsere Volkswohnung, Herr Kollege Obert. Ich sage heute einen Satz, von dem mir gar nicht so bewusst war, dass der heute, am Tag meiner Wiederwahl, noch einmal möglich würde. Ich hätte auch vor 20 Jahren keine Wette gemacht, dass es jemals funktioniert. Aber dank der Volkswohnung und aller sozialen mitarbeitenden Verbände sind wir nun – Sie hören richtig, was ich jetzt sage – praktisch randsiedlungsfreie Stadt, kein Schlichtwohnungsbau mehr. Ich kann es deswegen sagen, weil die Abrissbirne letzte Woche in Kleinseeäcker begonnen hat zu arbeiten. Da gab es 1988 schon einmal mit einem Antrag, eine Stimme Mehrheit hat es verhindert, eine Abrissdiskussion. Jetzt ist es so weit. Wir haben immer nicht stigmatisiert. Deswegen sage ich Ihnen jetzt die Adressen, denn das bewegt diejenigen, die in dem Feld unterwegs, schon sehr: Bernsteinstraße, Elsternweg, Wachhausstraße, Durmersheimer Straße, Zeppelinstraße, Karl-Flößer-Straße und eben jetzt Kleinseeäcker. Das ist schon etwas ganz Besonderes. Da bin ich persönlich auch ganz stolz darauf. Aber, wie gesagt, ohne das Zusammenspiel des Sozialdezernates mit dem Baudezernat, mit Volkswohnung und Sozial- und Jugendbehörde wäre dies alles natürlich nicht möglich gewesen.

Noch ein Satz zur Wohnungslosenhilfe. Wie Sie dem Bericht entnehmen können, sind in Karlsruhe seit 2013 auch unsere Zahlen am Steigen. Aber die Quantität bedeutet nicht, dass wir auf Qualität verzichten wollen. Deswegen lebt die sehr gute Kooperation mit allen, die da tätig sind. Ich sage es gerne noch einmal: die freien Verbände, Träger und vor allem private Eigentümer. Dass wir am angespannten Wohnungsmarkt immer wieder Wohnungen finden, hat natürlich einen besonderen Grund. Sie alle kennen - und haben in Haushaltsberatungen immer dafür gesorgt, dass die Mittel weiterhin zur Ver-

fügung stehen - unsere Idee Wohnraumakquise durch Kooperation. Damit haben wir ein Instrument gefunden, tatsächlich dezentral soziale Durchmischung zu ermöglichen. Deswegen auch mein persönlicher Dank an alle, die uns - trotz dass sich die Leerstandsquote von 1,4 % von 10 Jahren inzwischen halbiert hat auf 0,7 % - immer wieder Wohnraum zur Verfügung stellen. Da sieht man, das Vorurteil privaten Eigentümern gegenüber zählt für Karlsruhe nicht. Für andere Städte wahrscheinlich auch nicht. Allerdings versuchen sehr viele, es uns nachzumachen. Aber es ist eben nicht so einfach, diesen Karlsruher Weg hinzubekommen.

Ganz zum Schluss: Dass letztes Jahr in einer Anhörung zur Einführung des Indikationsgesetzes im Bundestag unsere Wohnraumakquise durch Kooperation dann auch in der Art und Weise Anerkennung gefunden hat, freut mich natürlich für die Beteiligten, die das alles ermöglichen ganz besonders, sicherlich auch in Ihrem Namen. Eine Besonderheit – darauf bauen wir jetzt einfach – für die nahe Zukunft: Wir haben zum ersten Mal einen Strategietag veranstaltet. Ob Sie es glauben oder nicht, es gab tatsächlich 100 Mitarbeitende, sprich: Sozialarbeit, Sozialverwaltung usw., die an diesem Tag dabei waren. Sie haben die ganzen Maßnahmenvorschläge drin stehen. Ich freue mich heute schon darauf, was wir in zwei Jahren dann bei der 11. Fortschreibung von diesen umsetzen werden. Ich denke, an der Stelle sind wir gut aufgestellt. Aber die Herausforderung ist eigentlich so groß wie noch nie. Deswegen vielen Dank für die politische Rückendeckung, auch im Namen aller, die hier mitarbeiten.

Stadträtin Wiedemann (CDU): In unserer Vorlage steht, der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Sozialausschuss den 10. Sachstandsbericht zur Kenntnis. Wir nehmen ihn nicht nur zur Kenntnis, sondern wir haben uns auch inhaltlich mit ihm auseinandergesetzt und werden es auch – leider – immer noch weiterhin tun müssen. Es ist erschreckend, wie viele Menschen hier in Karlsruhe in der Obdachlosigkeit sind. Weiterhin ist es erschreckend, wie viele Menschen ihre Wohnung aufgrund von Mietrückständen verlieren. Es ist erschreckend, wie viele Alleinerziehende mit Kindern und Familien mit Kindern plötzlich auf der Straße stehen, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden können. Ich weiß nicht, woran es liegt. Ob es an der Kinderzahl liegt oder am Äußeren, auf jeden Fall ist es sehr schwierig, bezahlbaren Wohnraum mit mehr als einem Kind zu finden. Es ist leider ein gesellschaftliches Problem, das wir hier im Gemeinderat auch nicht lösen können oder lösen werden.

Was uns persönlich auch interessiert: Wie viele – nicht nur junge Erwachsene, wie sie hier angedeutet sind mit 154 Personen, was auch eine erschreckende Zahl ist – junge Menschen unter 18 Jahren sind obdachlos? Es sind nicht nur diejenigen, die mit ihren Müttern oder Vätern oder ihren Eltern ohne Wohnung sind, sondern es sind auch Jugendliche, die zuhause nicht mehr untergebracht werden, sondern abwechselnd bei Freunden oder sonstigen Personen Unterkunft finden, teilweise auch auf der Straße leben. Uns würde interessieren, wie hoch diese Personengruppe ist. Uns würde auch weiterhin interessieren, wie die Stadt Karlsruhe diesem Problem begegnen möchte. Ich denke, das werden wir im Sozialausschuss noch lang beraten müssen.

Wir bedanken uns ganz außerordentlich bei der Volkswohnung und bei der Wohnraumakquise. Ohne deren tatkräftige Unterstützung würde diese Statistik noch schlechter aussehen. Wir sind auf dem Stand von 1992. Das ist kein Ruhmesblatt für uns. Wir

hoffen, dass diese Zahl in den nächsten zwei Jahren deutlich nach unten geht, und dass es in Karlsruhe mehr und ausreichend bezahlbaren Wohnraum geben wird.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir alle freuen uns darüber, dass Karlsruhe attraktiv ist und dass die Menschen auch gerne hier leben. Das ist natürlich auch ein Ergebnis erfolgreicher Standortpolitik. Eine Kehrseite dieser Attraktivität stellt aber die hohe Nachfrage nach Wohnraum dar und lässt neben vielen weiteren Faktoren den Wohnungsmarkt noch angespannter werden. Ein solcher Wohnungsmarkt stellt eine aktive Wohnungslosenhilfe vor enorme Herausforderungen. Viele in diesem Bericht und auch von meiner Kollegin genannten Personengruppen brauchen unsere Hilfe. Sie brauchen diese Hilfe, und vor allem in Anbetracht der wirklich extrem angespannten Situation auch kreative Lösungen.

Dies kann nur gelingen, wenn wir ein gutes Miteinander der verschiedenen Akteure haben, dass in Karlsruhe so vielen Menschen geholfen werden kann, und so viele Menschen in Karlsruhe die Möglichkeit haben, ordentlichen Wohnraum zu erlangen. Darauf basiert alles, was Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betrifft. Das verdanken wir sicherlich der hervorragenden Zusammenarbeit aller, die sich in diesem Tätigkeitsfeld engagieren: unserer engagierten Fachstelle, den privaten Vermietern, der Volkswohnung und natürlich den freien Trägern. Ihnen allen gilt von unserer Seite höchste Anerkennung für das, was sie leisten für unsere Stadt, auch für uns als Gemeinderat, dem diese Aufgabe anvertraut ist.

Heute nehmen wir den 10. Sachstandsbericht zur Kenntnis. Die Bedeutung der Wohnungslosenhilfe als wichtige kommunale Aufgabe ist zumindest in Karlsruhe mittlerweile unumstritten. Karlsruhe ist aber auch deutschlandweit – Herr Bürgermeister Lenz hat es angesprochen – anerkannter Vorreiter auf diesem Gebiet. Da möchten wir unseren speziellen Dank Ihnen aussprechen, dass Sie sich unermüdlich einsetzen für das Erfolgsmodell der Karlsruher Wohnraumakquise. Es ist eine wegweisende Form kommunalen Handelns, die es schafft, bei reduzierten Kosten den Betroffenen bessere Hilfe zu leisten, als mit der regulären obdachlosenrechtlichen Unterbringung. Ich denke, es liegt auch gerade daran, dass es nicht nur die Unterbringung allein ist, sondern dass eine Unterstützung, flankierende Maßnahmen erfolgen. Das ist auch der Erfolg unserer Wohnraumakquise. Es ist ein Beispiel dieser Instrumente. Da müssen wir als Stadt ein großes Augenmerk darauf werfen, dass weiterhin die Ausstattung mit Sozialarbeitern auch gut funktioniert, dass es ausreichend ist, auch wenn wir neue Wohnungen generieren. Denn Vermieter finden wir Gott sei Dank tatsächlich auch in dieser angespannten Situation, auch weil wir so gute Arbeit hier leisten, weil das Fachpersonal gute Arbeit leistet. Aber wir als Gemeinderat dürfen dann natürlich auch nicht denken, es reicht, wenn wir mehr Sozialarbeiter stellen. Der Erfolg hängt ganz gewaltig davon ab, dass wir weiterhin unserem Konzept treu bleiben und diese gute Unterstützung hier leisten.

Die SPD-Fraktion unterstützt ausdrücklich auch die im Bericht dargelegten weiteren Schritte und das große Bemühen aller Beteiligten, die Wohnungslosenhilfe weiter zu entwickeln. Angesprochen wurde schon der runde Tisch, aber auch verschiedene öffentliche Kampagnen, die sich im Bericht als Ideen wiederfinden. Die in der Beschlussvorlage dargestellten hohen Zahlen von Betroffenen belegen die Notwendigkeit und

Bedeutung unserer Betroffenen, um es mit Ihren Worten zu sagen. Die Situation ist trotz aller Bemühungen brennender denn je. Wir wollen uns nicht vorstellen, wie es wäre, hätten wir uns nicht die letzten 20 Jahre bemüht. Das auch noch einmal zu diesen ähnlich hohen Zahlen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Wohnen ist leider kein niedergeschriebenes Grundrecht. Aber wir wissen alle, dass es ein ausgeprägtes Grund- und Sicherheitsbedürfnis ist. Das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe, jetzt der 10. Sachstandsbericht, ist schon in der Breite durch meine Kolleginnen vorgestellt worden, weshalb ich jetzt nicht auf die einzelnen Maßnahmen eingehen werde. Auch wir bedanken uns ausdrücklich beim Team der Wohnungslosenhilfe, bei der Wohnraumsicherung, bei allen Akteuren, die dort mitwirken. Wir möchte aber auch unsere Unterstützung dazu erklären, dass wir weitermachen müssen auf dem Weg. Denn jeder Wohnungslose, jede Wohnungslose, jede Familie – leider hat sich eine gewisse Verschiebung zu Familien, Alleinerziehenden ergeben – ist eine zu viel. Wir stehen an Ihrer Seite, um Wohnraum zu schaffen, um Wohnraum zu vermitteln. Auch gerade für diese Personen.

Von uns schon des Öfteren angesprochen, möchten wir auf den Weg mitgeben, bei allem Erfolg der Wohnraumakquise zu evaluieren, inwiefern es bei der Wohnraumakquise durch Kooperation und WohnraumMobi Synergieeffekte geben könnte, die man vielleicht besser nutzen könnte. Nach dem Strategietag Karlsruher Wohnungslosenhilfe kann man getrost festhalten, dass das Karlsruher System zur Wohnungslosenhilfe an einigen Stellen verbessert werden könnte. Lassen Sie uns daran arbeiten. Vor allem aber geht es uns darum, dass wir die Entwicklung in der Wohnungslosenhilfe im Auge behalten und dass wir entsprechend gemeinsam reagieren.

Stadtrat Braun (KULT): Zunächst möchte ich mich anschließen an das Lob meiner Vorredner an die Angebote unserer Wohnungslosenhilfe und die Wohnraumakquise. Zum einen dafür, dass die Zahl derer, die obdachlos rechtlich untergebracht werden, steigt, zum anderen dafür, dass die Leerstandsquote stetig sinkt. Wir müssen aber auch sehen, dass die steigenden Unterbringungszahlen einhergehen mit steigenden Zahlen an wohnungslosen Menschen und Familien. Das gilt es zu kritisieren. Wir müssen in Zukunft noch stärker darauf achten, vor allem bei Neubauten und Quartiersentwicklungen im Niedrigpreissegment zu bauen, um Menschen in prekären finanziellen Situationen weiterhin Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

Stadtrat Jooß (FDP): Herrn Bürgermeister Lenz und sein Team haben Sie im Vorfeld schon geadelt heute. Das ist schon Lob genug für alle hier. Dieser Bericht ist natürlich bei diesem Umfeld schon fast ein Wunder. Wir freuen uns über dieses Wunder. Das Tolle dabei sind die vielen Player in diesem Netzwerk; Wohnraumakquise ganz vorne angestellt. Ich bin froh, dass die privaten Vermieter nicht in die Ecke gestellt werden, sondern toll und aktiv dazu beitragen und beteiligt sind. Herr Bürgermeister Lenz betont es immer wieder. Ich freue mich darüber. Aber wir müssen in dieser Richtung weiter machen. Wir unterstützen gern alle weiteren Anstrengungen auf diesem Gebiet. Danke für den Bericht.

Stadträtin Zürrn (Die Linke): Vorweg möchte ich sagen, es gibt zwar, wie Herr Borner richtig gesagt hat, kein Grundrecht auf Wohnen. Das ist nicht im Grundgesetz formu-

liert. Aber die Folgen von Obdachlosigkeit beeinträchtigen verschiedene Grundrechte, wie z. B. die Menschenwürde, die körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Ehe und Familie sowie die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Insofern haben Wohnungslose Anspruch auf Unterbringung. Die Bereitstellung der Unterbringung, dazu sind die Kommunen verpflichtet. Ich kann also nicht zustimmen, wenn es darum geht, darüber zu stauen, dass wir uns hier mit der schlimmsten Form der Armut beschäftigen, mit der Obdachlosigkeit, sondern ich finde das eine Selbstverständlichkeit und eine unglaublich wichtige Aufgabe für uns hier im Gemeinderat, diesen Menschen, die oftmals durch eigenes Verschulden in diese Situation gekommen sind, zu helfen, dass sie ihre Grundrechte wahrnehmen können. Das möchte ich vorausschicken.

Zum anderen möchte ich unbedingt und sehr herzlich denjenigen danken, die in Beratungsstellen, in den Einrichtungen, in der Akquise und wo auch immer, in den Ämtern und in den verschiedenen Einrichtungen Hilfe für die Wohnungslosen leisten und die in der Beratung oftmals auch schon abwenden können, dass Menschen in die Wohnungslosigkeit geraten. Ich möchte jetzt nichts grundsätzlich dazu sagen, wie der Wohnungslosigkeit begegnet werden kann. Das Karlsruher Konzept ist sicherlich nicht schlecht. Aber wir sind der Meinung, dass diese Entwicklung des knappen Wohnungsmarkts und der Wohnungslosigkeit vorhersehbar war, und dass die weitere Entwicklung auch vorhersehbar ist und dass man mit diesen Maßnahmen – seien sie auch noch so gut -, wie wir sie in Karlsruhe haben, dem Problem damit nicht grundsätzlich begegnen können. Ich möchte aber jetzt – wie gesagt – nichts Grundsätzliches zum Wohnungsmarkt sagen, sondern nur auf einen Punkt eingehen, der jetzt von den Vorrednerinnen und Vorrednern nicht behandelt wurde, und wo wir denken, dass da in Zukunft ein Bedarf entstehen wird, den wir jetzt noch nicht so richtig in den Blick genommen haben. Da geht es um den Zusammenhang von Armut und Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit, und da noch einmal im Speziellen um das Thema Frauen in der Wohnungslosigkeit.

Wir sehen in dem Bericht, dass es einen Bedarf gibt an geschlechtsspezifischen Angeboten, Beratung und auch Unterbringung von Frauen und Männern. Mich hat erstaunt, dass ich weder bei der Prävention noch beim Thema Beseitigung von Wohnungslosigkeit eine geschlechtsspezifische Darstellung und eine geschlechtsspezifische Betrachtung gefunden habe. Da habe ich mich dann anderweitig informiert und komme dann zu dem Ergebnis, dass zwar möglicherweise statistisch sich nicht so viel geändert hat. Der Anteil der Frauen an der Wohnungslosigkeit beträgt 1/3. Aber wir haben es mit dem Phänomen der sogenannten verdeckten Wohnungslosigkeit zu tun. Da sind überproportional viele Frauen zu finden. Das hat auch verschiedene Gründe. Frauen kommen eher noch bei Freunden unter, oder sie gehen zurück in die Ursprungsfamilie, oder sie bleiben vielleicht auch einmal in einer Beziehung, obwohl sie eigentlich sehr gerne heraus wollten. Das Ausbrechen und das sich in die Wohnungslosigkeit Begeben ist für Frauen mit sehr viel höheren Risiken verbunden als für Männer, z. B. die Stigmatisierung von wohnungslosen Frauen: Wenn Frauen in der Obdachlosigkeit sind, sind sie oftmals Gewalt ausgesetzt. Vielen Frauen scheuen es, sich in diese Situation zu begeben. Das führt dazu, dass sie manchmal und sehr viel stärker als Männer in dieser sogenannten verdeckten Wohnungslosigkeit verharren. Da habe ich auch die Zahlen. Die Zahl dieser Frauen in der verdeckten Wohnungslosigkeit ist stark angestiegen, um 20 % von 2015 auf 2016. So etwas kommt bei den Beratungsstellen in Karlsruhe an. Die geben diese Information auch gerne weiter.

Ein weiteres Indiz dieser verdeckten Wohnungslosigkeit sind die sogenannten Postabholerinnen. Das sind Frauen, die keinen eigenen Wohnsitz haben und irgendwo unterkommen, die sich aber die Post in eine Beratungsstelle schicken lassen. Auch bei dieser Zahl kann man davon ausgehen, dass auf eine wohnungslose Frau noch mindestens neun andere kommen, die sich die Post irgendwo hinschicken lassen. Das sind Zahlen, die sollten uns zu denken geben. Die zeigen, dass die Menschen, die wirklich in der Wohnungslosigkeit sind, absolut die Spitze des Eisberges sind, gerade was Frauen betrifft.

(Der Vorsitzende hebt die gelbe Karte.)

- Ich komme zum Schluss. Ich würde mir sehr wünschen, dass der nächste Wohnungslosenbericht – ich habe das schon öfters angemahnt – geschlechtsspezifische Angaben und Daten enthält. Die fehlen zum großen Teil wieder. Ich habe es, wie gesagt, schon öfters angemahnt. Ich würde mir sehr wünschen, dass das jetzt endlich einmal nachgetragen wird. Denn erst dann sehen wir, welche besonderen Bedingungen und auch welche besonderen Maßnahmen getroffen werden müssen, um Frauen wirkungsvoll zu helfen.

Ich würde mir auch wünschen, dass der nächste Aktionstag, die nächste Fachkonferenz dieses Thema Frauen in der Wohnungslosigkeit zum Schwerpunkt nimmt. Und ich würde zum Dritten den absolut großen Wunsch und die Mindestforderung aufstellen, es darf bei der Wohnungslosenhilfe und bei der Armutsbekämpfung keine Kürzungen geben, wenn wir jetzt wieder über Haushaltskonsolidierungen ...

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen! Sie haben über eine Minute überzogen!)

- Das tut mir sehr leid. Aber ich spreche wirklich selten. Das ist mir jetzt wichtig. Ich glaube, Sie haben dafür Verständnis.

(Nein-Rufe; **der Vorsitzende:** Frau Stadträtin, ich muss jetzt abrechnen!)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es steht Karlsruhe gut zu Gesicht, wenn wir gut mit unseren Armen umgehen. Allerdings muss ich an der Stelle sagen, die Probleme, die wir mit steigender Obdachlosigkeit haben, sind nicht hausgemacht, sind nicht wegen dem Wohnungsmarkt da. Sie sind da, weil wir einen großen Zuzug haben von Menschen, die kein Heim haben. Von der Seite her können wir uns keine Vorwürfe machen, zu wenig gemacht zu haben. Wir müssen uns nur neu darauf einstellen, dass mehr Leute kommen. Das ist die Herausforderung, die wir haben.

Ich möchte gar nicht so viel auf Details eingehen, sondern nur auf eines. Ganz hervorragend fand ich das innovative Mischkonzept. Das wird am Werderplatz ausprobiert. Da bin ich sehr gespannt, wie es funktionieren wird, dass die Stadt gemeinsam mit Mietern und Investoren zusammen Häuser neu herrichtet, menschenwürdig herrichtet und Menschen auch wieder Unterkunft finden. Das ganze Vorgehen wird Auswirkungen auf einen Stadtteil haben. Insofern glaube ich, dass es sehr entscheidend ist, dass wir an

der Stelle auch solche gezielte Maßnahme ergreifen, um Plätze zu beruhigen, um Plätze zu verändern, um soziale Strukturen in einem Stadtteil zu verändern. Ich glaube, das ist eine ganz neue Denke, für mich zumindest. Ich möchte mich an der Stelle bedanken.

Auf einen Punkt, da sehen wir eine ganze Menge an Vorschlägen im Bericht, auch in den Umsetzungen, möchte ich meinen Finger legen. Wenn Menschen keine Arbeit haben, können sie nie stabil werden. Deswegen, allein einen Menschen unterzubringen, ihm eine menschenwürdige Wohnung zu geben, ist deutlich zu wenig. Die werden nicht stabil, sie brauchen eine Arbeit. Sie brauchen Wohnung und Arbeit. Deswegen müssen wir an der Stelle deutlich zulegen, wenn wir dauerhaft etwas verändern wollen. Ich bin sehr dankbar für das, was bereits geschieht. Das ist hervorragend. Aber wir sind noch nicht am Ende. Wir müssen richtig Gas geben.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Wir kommen damit zur Abstimmung, die eine Kenntnisnahme ist. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist Einstimmigkeit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
13. Juli 2017